Jour fixe vom 19.10.2026: Das 5. Jahr Ukraine-Krieg: Die Ukraine wird Teil Europas – Europa wird zum Kriegsbündnis (GS 3-26)

— Trumps Stellung zum Ukraine-Krieg, dass dieser endlich beendet gehöre – passend dazu die aktuelle Äußerung, Selenskyj als Störfaktor für einen Friedensschluss gehöre abgesetzt –, bedeutet für die Europäer ein Desaster, weil das die Stellung ihres Stellvertreters Ukraine im Krieg gegen Russland enorm schwächt. Ein Nachgeben kommt angesichts dessen für die Europäer aber nicht in Frage, sondern bestätigt sie im Gegenteil in ihrem Kriegskurs. Es kommt für sie nun um so mehr darauf an, eigenständig dafür zu sorgen, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnt.

Das ist der europäische Entschluss: Eine Schwächung der Ukraine im Krieg darf nicht sein. Sie werden alles dafür zu tun, um die ausgefallenen amerikanischen Beiträge zu ersetzen.

— Europa nimmt diese Katastrophe (S. 27) als Gelegenheit wahr, sich mit der Unterstützung dieses Kriegs der Ukraine gegen Russland als Ordnungsmacht in Europa aufzubauen.

Die militärischen Beiträge Amerikas waren durchaus wesentlich, ihre Aussetzung gefährdet die erfolgreiche Selbstbehauptung der Ukraine und das darf – so die europäische Antwort auf Trump – auf keinen Fall sein. Dass die Europäer nun alles Nötige für die Fortsetzung des Krieges leisten wollen, liegt daran, dass sie diesen Krieg für den Kampf um ihren Weltmachtstatus brauchen, in dem Krieg wollen sie sich ja als Macht beweisen.

— Vom Standpunkt der Trump-Regierung aus entscheidet sich am Ukraine-Krieg nichts Wesentliches für Amerikas Vormachtsstellung. Sie stuft ihn als innereuropäische Angelegenheit ein, um die sich die Europäer selber kümmern sollen. Das beinhaltet zugleich eine Zurückstufung *der Europäer und ist insofern für sie eine strategische, politische und ökonomische Katastrophe.*

Zurückstufung ist keine gute Charakterisierung dafür, dass Trump damit das Gemeinschaftswerk von USA, NATO und Europa in Sachen Ukraine-Krieg *aufkündigt*. Er misst dem Krieg in der Ukraine nicht mehr die Bedeutung zu, die dieser vorher für die Regierung unter Biden gehabt hat, die die USA durch Russland herausgefordert gesehen hat. Also soll die Unterstützung der Ukraine Sache der Europäer sein (wenn die schon keinen Frieden wollen). Zu erklären ist, warum und wie aus diesem gemeinsam mit den USA geförderten Krieg jetzt ein umfassender *europäischer Krieg gegen Russland* wird, was das heißt und was das alles umfasst.

— Aber wenn Trump sagt, die Europäer sollen sich um ihre Sicherheit selbst kümmern und diesen Krieg alleine führen, ist das doch eine Ausmischung *aus oder Herabsetzung Europas von dem Status, den es bislang an der Seite Amerikas als Mitmacher beim Weltordnen gehabt hat. Auch wenn der Ukrainekrieg nicht an ihrem Weltmachtstatus kratzt, kann doch die Aussage, den USA könne der Ausgang dieses Krieges egal sein, nicht stimmen. Denn es ist ihnen doch nicht egal, ob Russland gewinnt oder umgekehrt. Im Falle eines europäischen Sieges wäre ja den USA diese Region ein Stück weit entzogen. Und Trump hebt ja immer wieder hervor, dass er Russland als großen Rohstofflieferanten in der Welt schätzt, ihm eine ökonomische Rolle in der Welt zumisst und ihm Sicherheitsinteressen zugesteht. Momentan hat er sogar Sanktionen aufgehoben, um Öl von Russland zu beziehen. Sein Standpunkt ist, dass der Krieg stört und ein Ende haben soll. Dafür entzieht er der Ukraine teilweise die Unterstützung, setzt sie somit unter Druck, weil Europa gar nicht in der Lage ist, die amerikanische Kriegsunterstützung komplett zu ersetzen. Bislang jedenfalls hieß es immer, ohne Amerika gehe der Sieg nicht.*

Wenn im Artikel steht, dass sich für die USA in der Ukraine nichts Wesentliches in Bezug auf ihre Vormachtstellung entscheidet, dann ist diese Aussage nicht damit gleichzusetzen, dass der Krieg ihnen *egal sei*. Sie unterstützen die Ukraine im Krieg aktuell im Rahmen der NATO, mit Starlink usw. Es geht um die Neubeurteilung dieses Krieges durch Trump: Mit seiner Friedensforderung stellt Trump sich *über* die Kriegsparteien und nimmt sich das Recht, darüber zu entscheiden, was aus dem Krieg wird. Er hält ihn für eine störende,

unproduktive Angelegenheit in Bezug auf Amerikas Interessen an dieser Region.

Das heißt aber weder, dass die USA ausgemischt sind, noch dass sie die Europäer ausmischen. Trump hat nicht das Problem, dass den USA diese Region entzogen würde, wenn die Ukraine mit Unterstützung der Europäer den Krieg gewinnen würde. Das hieße ja, Europa wolle *gegen* Amerika Weltmacht werden, um die USA auszuschließen. Das ist eine Spekulation fern der Realität. Die Europäer kämpfen an einer ganz anderen Front: Sie sehen sich durch das Vorgehen Russlands in der Ukraine herausgefordert, weil sich Russland damit praktisch gegen den europäischen Anspruch aufstellt, dass es allein ihre Sache sei, darüber zu entscheiden, wie es in Europa zugehe, welche Gewaltverhältnisse da zu herrschen hätten und wer dazugehöre. Das ist gemeint mit der viel beschworenen „europäischen Friedensordnung“ und das ist der Kern der Aussage von der Leyens, hier führe nicht nur die Ukraine, sondern auch Europa einen Kampf um seine *Existenz***.** Deshalb darf Russland auf keinen Fall gewinnen. Es muss dazu gezwungen werden, die europäische Kontrollmacht auf ihrem Kontinent anzuerkennen.

— *Ja, aber wenn im Artikel steht: „In diesem imperialistisch anspruchsvollen Sinne kämpft Europa am Fall Russlands um* seine Existenz*: den Status einer Weltmacht.“ (S.28), heißt das schon, dass sich das auch gegen die USA richtet. Die Europäer wollen sich schon emanzipieren von den USA.*

Europa *kämpft* derzeit um seinen Anspruch als Weltmacht, den es militärisch und politisch mit der NATO in der Ukraine gegen Russland vorangetrieben hat, und gegen den Russland mit seinem Krieg Einspruch erhoben hat. Also sind sie von „Weltmacht“ in dem Sinn, dass das die USA anficht, weit entfernt, zumal sie um diesen Anspruch auch innerhalb Europas als das alles bestimmende Moment kämpfen müssen. Die Vorstellung, ein Sieg der Ukraine und damit Europas könne doch nicht in Amerikas Interesse liegen, ist also nicht richtig. Trump hat schließlich den Europäern aufgenötigt, ihre Rüstungsanstrengungen zu verdoppeln. Der weiß offenkundig mit potenten europäischen Staaten durchaus etwas anzufangen.

— *Der Fortgang in dem Artikel von Seite 27 auf Seite 28 oben heißt ja: Die Europäer ziehen aus dieser Lage, die ihnen Trump serviert hat, einen* vorwärtsweisenden *Beschluss, nämlich den: Sie als Europäer sind jetzt herausgefordert und entschlossen, diesen Krieg in der Ukraine als ihre Sache so voranzutreiben, dass sie den Einspruch Russlands, in Europa als Ordnungsmacht Interessen zu haben, nicht gelten lassen. Umgekehrt heißt der Beschluss, vorwärts gewandt: Europa macht sich zum Subjekt des Anspruchs, dass* es *die Ordnungs- und Machtfragen in diesem Kontinent entscheidet, macht* sich *zum kriegführenden Subjekt und weist jeden Einspruch gegen diesen Ordnungsanspruch gewaltsam zurück.*

*

Die Überschrift „Die Europäisierung des Krieges“ (S.27) bedeutet also nicht, dass die USA die Kriegführung in der Ukraine vollständig den Europäern überlassen würden. Wie kriegsentscheidend sie sind, sieht man derzeit an Selenkyis Klage über Signalverluste bei Starlink bzw. Starshield, die für die Kriegführung von zentraler Bedeutung sind. Aber es wird klargestellt, dass es den Europäern mit ihrer Aufrüstung um weit mehr geht, als um den bloßen Ersatz ausbleibender amerikanischer Kriegsunterstützung. Europa eskaliert die kriegerische Konfrontation, macht die Ukraine zur vordersten Front in *seinem* Krieg gegen Russland. *Dafür* muss die Ukraine als Frontstaat entsprechend *hergerichtet* werden. Von Bedeutung dafür ist v.a. die Rüstungsindustrie in der Ukraine, die im Verlauf des Krieges enorm weiterentwickelt worden ist. Deren Ausbau wird mit europäischen Finanzmitteln vorangetrieben und als Gemeinschaftswerk durch Rüstungskooperationen, Joint Ventures usw. zugleich als Mittel für die europäische Aufrüstung umgebaut. Diese Maßnahmen reichen in Hinblick auf ihre strategischen Bedeutung für die Kriegsfähigkeit Europas weit über den aktuellen Ukraine-Krieg hinaus.

Die Europäer ziehen aus der Trump-Politik den Schluss, dass sie sich in Zusammenarbeit

mit der Ukraine selber als maßgebliche Militärmächte neu aufstellen müssen. Das ist ein offensives Programm zur militärischen Ertüchtigung Europas durch die Erweiterung ihrer militärischen Kapazitäten, die Entwicklung neuartiger Waffensysteme – Stichwort: Drohnenkrieg, „Krieg der Zukunft“ usw. Europa *traut* es sich offenbar zu, dass es Russland eine militärische Niederlage zufügen kann, indem es sich zu einem kampffähigen Kriegssubjekt aufbaut.

*

Eine weitere wichtige Funktion dafür leistet die europäische Finanzierung des ukrainischen Staatshaushalts, der ohne eine solche Unterstützung seine Funktionen, die durch die Kriegskosten und die Kriegsschäden enorm zugenommen haben, längst nicht mehr leisten könnte. Die ukrainische Gesellschaft muss aber, so wollen es die europäischen Kriegsherren, auch unter Kriegsbedingungen weiter funktionieren. Staatliche Institutionen müssen erhalten bleiben, damit der Gewaltapparat nach innen und außen funktioniert, auch die Front will verwaltet werden. Heizkraftwerke, Stromversorgung, Transportwesen usw. müssen mit auswärtigen Finanzen ständig wieder instandgesetzt werden. All das, damit die ukrainischen Leistungen an der Front gewährleistet bleiben.

— Die EU wendet dafür enorme Summen auf. Wieso wird das u.a. auch als Kredit vergeben, wo doch klar ist, dass die Ukraine das niemals zurückzahlen kann?

— Der Kredit wird durch den IWF, die Weltbank und die EU beaufsichtigt. Damit soll sichergestellt werden, dass das Geld ausschließlich für den Staatshaushalt und seine Abteilungen, wie Personal, Reparaturen, Infrastruktur usw. verwendet wird. Auf diese Weise ist ein auswärtiges Aufsichtswesen über die ukrainischen Staatseinnahmen und -ausgaben etabliert worden.

Die Frage der Rückzahlung wird einfach vertagt. Die Europäer sichern sich per Kreditierung die Gläubigerposition: Sie sind die *bestimmenden Subjekte* darüber, wie sich der ukrainische Staat finanziert und wofür er das Geld ausgibt, und sie behalten es sich vor, darüber zu entscheiden, was nach Kriegsende mit der Ukraine geschieht. In der *Form* der Kreditvergabe, statt bloßer Zuwendungen, ist ein politisches Urteil enthalten: Es ist der Auftrag Europas an die Ukraine, als ihr Werkzeug einen Sieg Russlands zu verhindern, und zugleich soll so gewährleistet sein, dass die Ukraine nach dem Krieg weiterhin auf die Interessen Europas verpflichtet bleibt. Ganz selbstverständlich antizipieren sie bereits jetzt, dass der Wiederaufbau der zerstörten Ukraine als *EU-Staat* stattfinden wird, der seine Kreditverpflichtungen erfüllen wird, – und ventilieren dazu schon den Einsatz der per Enteignung stillgelegten russischen Vermögen.

*

— Zur Sicherstellung des Gelingens des nunmehr europäischen Krieges finanziert die EU auch direkt *das notwendige Kriegsgerät und zwar in zwei Richtungen: als Auftrag an und Kauf bei ukrainischen Rüstungsunternehmen und als Weiterleitung der in den USA gekauften Waffen an die Ukraine.*

Dabei fließt also das Geld von den staatlichen Auftraggebern im Westen direkt an die jeweiligen Rüstungsfirmen – an eigene, amerikanische oder ukrainische –, der ukrainische Staat kriegt es gar nicht in die Hand. So wird auch die Gefahr der Korruption umgangen.

— Wie funktioniert das s.g. „dänische Modell“ genau (S. 29, Fußnote 4)?

Die Ukraine macht eine Wunschliste und die westlichen Unterstützer zahlen das Geld direkt an die ukrainischen Rüstungsfirmen, die die Waffen produzieren und an den ukrainischen Staat liefern. Dabei entscheiden die Europäer, was von der Wunschliste beschafft wird; sie bestellen also nicht einfach alles.

— Man kennt doch als Dauerbrenner den westlichen Korruptionsvorwurf an das unmittelbare Umfeld Selenskyjs, dass die Notlage beim Waffenbedarf ein Einfallstor sei für überteuerte Käufe bei den Rüstungsunternehmen bzw. für Bestechungsgelder im Verteidigungsministerium. Dies soll umgangen werden, indem die Preise mit den

europäischen Institutionen festgelegt werden.

— Gleichzeitig kommt es den Europäern darauf an, die Aufsicht darüber auszuüben, was an Waffen eingekauft und welche Rüstungsproduktion gefördert wird.

Der für die Europäer wesentliche Gesichtspunkt ist es sicherzustellen, dass die Ukraine die militärische Ausrüstung, die sie für den Krieg braucht, entsprechend zur Verfügung hat. Dazu kaufen die Europäer das, was die USA nicht mehr von sich aus und auf eigene Kosten liefern, den Amerikanern ab und leiten es an die Ukraine weiter. Und sie zahlen die ukrainischen Rüstungshersteller direkt (s.g. dänisches Modell). Dabei achten sie darauf, dass sich keine korrupten Zwischenhändler bereichern. So ist Europa Subjekt dieses Krieges: Wie die Ausrüstung des ukrainischen Militärs sichergestellt wird, liegt in den Händen der Europäer; also ist auch das ein Stück Europäisierung dieses Krieges.

*

— Drittens wird die Ukraine in die verschiedenen westlichen Militärprogramme und Rüstungsinitiativen integriert *und damit ihre Kriegstüchtigkeit gesteigert. Das konterkariert endgültig den Zweck, den Russland mit seiner Spezialoperation ursprünglich verfolgt hat: es hat ja gerade verhindern wollen, dass die Ukraine militärischer Bestandteil der NATO und der EU wird.*

Zur Herstellung der Waffen, die tagtäglich verfeuert werden, braucht die Ukraine viel mehr industrielle Kapazitäten, als sie von sich aus aufbieten kann. Da werden die Europäer aktiv und stellen ihr die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung – sachlich, technisch und finanziell. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: zum einen wird das – immer so gelobte – kampferprobte Knowhow der Ukrainer aufgekauft, um damit Waffen in Deutschland zu produzieren; zum anderen finanzieren deutsche Firmen die ukrainischen innovativen Startups für Drohnen etc. – oder kaufen sie gleich ganz auf. Nicht umsonst wurde beim letzten Ukrainebesuch von Merz extra betont, dass neun Unternehmer aus dem Rüstungssektor in der Delegation waren, wurden die Drohnenproduktionsstätten besichtigt und weitere Zusammenarbeit vereinbart. Der notwendige Ausbau von gemeinsamen industriellen Kapazitäten zur Deckung des wachsenden Rüstungsbedarfs wird unter der Mitwirkung der deutschen und der europäischen Politik und mit der Einbindung kapitalstarker Unternehmen vorangetrieben.

— Weil dieser Ausbau staatlicherseits der oberste Zweck ist, ist das fürs Kapital die Gelegenheit, einzusteigen, weil in jedem Fall der Staat mit seinem Kredit und mit seiner Politik dafür geradesteht, dass diese Rüstungsinvestitionen sich lohnen.

Das eine ist, dass es bei der Waffenproduktion bereits Kooperationen zwischen westlichen Rüstungskonzernen und Unternehmen in der Ukraine gibt. Das andere ist, dass die NATO und die EU die Ukraine in ihr Großprojekt einbauen, aus Europa eine Militärmacht zu machen, die dafür über eine potente industrielle Basis verfügt. Dabei wird die Ukraine de facto längst in alle möglichen Programme integriert, also behandelt wie ein Mitglied, ohne ein Mitglied in der EU oder in der NATO zu sein. Der Fußnote 6 (S. 30) zum sehr fortgeschrittenen Drohnendeal kann man entnehmen, was es da alles schon gibt.

Zu dieser forcierten Integration der und Zusammenarbeit mit der Ukraine gehören auch die im Text genannten Unterabteilungen der Initiativen: Neben dem Aufbau von Produktionskapazitäten im Rüstungsbereich wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Militärs betrieben, hierhin gehören von Anfang an auch die Ausbildungsmissionen für ukrainische Soldaten und schließlich alle möglichen NATO-Programme, in denen die Integration der Militärs organisiert und geübt wird.

— Sicher ist es ein europäischer Zweck, wie es im Artikel heißt, dass „ein europäisches System zur Abwehr von ballistischen Raketen geschaffen werden soll, um die Abhängigkeit von amerikanischer Technik zu reduzieren“ (S.30). Dieses europäische System gibt es aber noch gar nicht, schon aber die innereuropäische Konkurrenz um Fragen wie die, wer dann davon den Nutzen hat, und wer darüber die Führerschaft übernimmt. Da ist der Krieg in der

Ukraine ein Weg, die Europäisierung der konkurrierenden militärischen Anstrengungen der großen europäischen Staaten voranzutreiben. Aber im Einzelfall wird doch ständig darüber gestritten, welches der nationalen Systeme bevorzugt werden soll; jeder Staat setzt auf sein eigenes. Es findet also eine Konkurrenz darum statt, welches System sich durchsetzt. So gesehen gibt es nicht ein gemeinsames europäisches Interesse daran. Aber gerade diese existentielle Frage des Kampfes gegen Russland mit dem Frontstaat Ukraine soll die europäische Integration und Einheit auf dem militärischen Gebiet vorantreiben.

Zitiert wird hier auf S. 30 ein Beschluss der Koalition der Willigen, das sind die Führungsmächte Europas, die sich gerade von den innerhalb Europas stattfindenden Konkurrenzkämpfen nicht beirren lassen wollen in ihrem Zweck, die Feindschaft zu Russland ganz anders in Angriff zu nehmen als bisher. Damit wird aber nicht die europäische Integration vorangetrieben, sondern die europäischen Führungsmächte haben bei ihrer Raketenabwehr eine Lücke entdeckt, weil für sie zu wenige Patriot-Systeme verfügbar sind. Sie sehen also die Notwendigkeit, sich diese Art von Bewaffnung – am besten selbst – zu verschaffen. Ungeachtet aller Uneinigkeit zwischen den europäischen Staaten bilden sie als Koalition der Willigen – vorwärtsweisend, weil sie es für so dringend erachten – eine Raketenabwehrkoalition. Sie wollen nicht darauf warten, ob man sich einigen kann, sondern dieses Vorhaben jetzt ins Werk setzen, weil sie auf dem Standpunkt seiner unbedingten Notwendigkeit stehen.

— Das „einerseits/andererseits“ dieses Abschnittes (S. 30) besteht dann darin, dass es zwar in Form der multinationalen Friedenstruppe eine Übereinstimmung gibt, aber eben auch Alleingänge, ohne eine einige Beschlussfassung abzuwarten.

Nein, es geht beide Male um das, was die Koalition der Willigen anstrengt: zum einen gründen sie eine multinationale Friedenstruppe, die nach einem Kriegsende eine Sicherheitsgarantie für die Ukraine vor künftigen russischen Angriffen sein soll. Da wird in Europa und auch bei den USA angefragt, wer sich an einer solchen Truppe beteiligen möchte. Ein solcher Plan nimmt in der Sache bereits die Niederlage Russlands vorweg, dahingehend, dass er davon ausgeht, dass die Ukraine westlich regiert wird. Zum anderen wollen sie gleichzeitig ihre strategische Lücke schließen, indem sie ihr eigenes Raketenabwehrsystem planen und ins Werk setzen. Sie planen also weit in die Zukunft einen Schutzschirm gegen Russland.

*

— Auch das Sanktionsregime der Europäer wird vorangetrieben und es wird dabei zunehmend militärische Gewalt einsetzt: Schiffe der s.g. Schattenflotte werden gekapert und deren Ladung konfisziert. Eine waghalsige Eskalation, da Putin erklärt hat, dies als Kriegseintritt der Europäer zu betrachten.

Die Beschlagnahme des russischen Öls ist eine Enteignung auf der Rechtsgrundlage eines G7-Beschlusses. Die EU-Staaten halten dafür offenbar keinen UNO-Beschluss für nötig, sondern beschließen einfach selbst, was Recht ist. Völkerrechtlich ist das ein Akt illegaler gewaltsamer Enteignung.

— Bedeutet der Begriff Schattenflotte, dass Russland seine Schiffe unter fremder Flagge fahren lässt, um zu vermeiden, dass ansonsten diese Übergriffe einen offenen direkten Konflikt mit Russland bedeuten würden?

Es geht nicht darum, unter welcher Flagge die Schiffe fahren. Kaum ein Staat lässt seine Schiffe überwiegend unter seiner Flagge fahren, das ist viel zu teuer. Mit Schattenflotte bezeichnet der Westen alle Schiffe, die nach seiner Definition illegal russisches Öl transportieren, mit denen Russland also die westlichen Sanktionen umgeht. Schattenflotte heißt nichts anderes als: Schiffe, die Öl etc. transportieren, obwohl *wir* als EU diesen Transport für illegal erklärt haben. Dafür genügt mittlerweile der Verdacht, dass ein Schiff der Schattenflotte zugehörig sein könnte, um es zu entern und die Ladung zu beschlagnahmen. Eine weitere Eskalation ist die Ausweitung der Sanktionen auf Getreidetransporte.

— In der FAZ war heute zu lesen, dass Russland inzwischen Schiffen der Schattenflotte zum Teil militärischen Begleitschutz gewährt oder bewaffnete Soldaten auf den Schiffen stationiert, um deren Kaperung gewaltsam zu verhindern. Den Europäern sind also die Risiken dieser Konfrontation durchaus bewusst.

— Waghalsig ist schon das ganze Projekt, die Ukraine in die NATO einzubinden, ohne dass sie Mitglied ist. Die drohende Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO war ja der ursprüngliche Kriegsgrund für Russland. Das bisherige Bestehen auf der Trennung der EU von der Ukraine als ihrem Stellvertreter, dem man nur hilft, hat die EU mit ihrem Vorgehen praktisch aufgegeben.

— Ist dieser qualitative Übergang (S. 31 o.) zu einer Eskalation neuer Art nicht schärfer zu fassen? Einmal richten die Europäer die Ukraine zum europäischen Frontstaat auf, zum zweiten aber stellen sie sich selbst als Kriegssubjekt auf, wie es im militärischen Vorgehen gegen die Schattenflotte deutlich wird. Damit nimmt man immerhin einen Krieg gegen Russland in Kauf.

Der qualitative Übergang lässt sich nicht nur dem Vorgehen gegen die Schattenflotte oder einzelnen Maßnahmen entnehmen. Die Betreibung des Krieges als Gemeinschaftsaktion der Ukraine und der europäischen Staaten hinsichtlich Finanzierung, Ausbau militärischer Kapazitäten, Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsindustrie und die damit verbundene Aufhebung der Trennung zwischen EU und Ukraine als eigentlichem Kriegssubjekt ist das Ergebnis der Entscheidung der europäischen Führungsmächte, ihren Umgang mit Russland entscheidend zu ändern. Sie machen damit die Ukraine zu einer europäischen Front und sich zum Kriegssubjekt gegen Russland. Das ist der „qualitative Übergang“ Europas, der eine „Eskalation neuer Art“ enthält, die sich Europa offenbar traut.

Worauf setzen die Europäer dabei?

— Sie hoffen, dass die USA dann doch noch ihren Atomschutzschirm aufspannen – auch wenn das natürlich eine riskante Hoffnung ist.

— Und sie setzen darauf, dass Russland das Gegenteil von dem tut, was sie ihm immer unterstellen, und diese Eskalationen doch nicht so nimmt, wie sie gemeint ist. Also dass es nicht mit einer Ausweitung des Krieges auf andere westliche Nationen antwortet.

— Mit „Block, Blunt And Break“, also Blockieren, Abschwächen und Brechen („das Kernprinzip der militärischen Strategie der NATO an ihrer Ostflanke“), hat der oberste NATO-General neulich definitiv Russland gedroht, dass es gar nicht zu versuchen brauche, seinerseits zu eskalieren. Russland hat zwar immer dementiert, dass es irgendeinen Staat angreifen will. Aber, wenn ein Staat derart in die Enge getrieben wird, ist alles offen.

Einerseits setzen die Europäer darauf, dass Russland weiter den Krieg auf die Ukraine beschränkt und konventionell hält. Andererseits ist das keine Frage ihrer psychologischen Haltung, sondern die Praxis der Europäisierung des Krieges folgt ihrem Beschluss, es jetzt darauf ankommen zu lassen und sich selber militärisch so aufzurüsten, dass Russland von einer Ausweitung des Krieges abgeschreckt wird. Und solange wird auf den Schutz und den Abschreckungswillen einer immer noch von den USA geführten NATO vertraut.

— Ihre eigenen Bedenken ignorieren sie gewissermaßen und versuchen sich dagegen in Stellung zu bringen: Umso mehr kommt es darauf an, sich wehrhaft zu machen.

Russland sagt ja mittlerweile auch, dass es keine Spezialoperation mehr betreibt, sondern dass es sich im Krieg mit Europa befindet. Die Europäer treten einerseits so auf, dass sie weiter eskalieren, die Baltenstaaten weiter aufrüsten usw. Andererseits treten sie auf als NATO-Staaten, mit den USA im Rücken. Ob sie sich darauf verlassen können, dessen sind sie sich nicht mehr so sicher. Daher tun sie alles, sich selber konventionell besser aufzustellen, aber auch dafür, die USA im Boot zu behalten.

— Der letzte Satz auf S. 31 – „Bei diesen risikoreichen Kriegsübergängen gehen sie praktisch von einer NATO-gestützten Sicherheitsgarantie aus“ – bedeutet: Wenn Europa sich als Kriegsbündnis symbiotisch mit der Ukraine in deren Krieg vereint, ist das eine

direkte Konfrontation mit den Russen, also mit einem Nuklearstaat. Dafür brauchen und beanspruchen sie praktisch den amerikanischen Schutzschirm.

Als NATO-Staaten nehmen sie diesen in Anspruch und setzen darauf – ohne die letzte Gewissheit zu haben.

— Die NATO hat Russland mit ihren Stützpunkten zwar weitgehend umzingelt, aber die Abschreckungsmacht der Europäer liegt nur in dem, wie sie konventionell militärisch aufgestellt sind. Damit würden sie aber gegen einen Atomschlag Russlands wenig ausrichten. Da ist die atomare Abschreckung der USA das einzige Mittel, Russland davon abzuhalten, mit fünf Atomwaffen z.B. Europa auszulöschen. Insofern muss *Artikel 5 unbedingt gewährleistet sein. Der Aussage des NATO-Generalsekretärs Rutte, dass die USA hinter Europa stehen, hat ja auch niemand widersprochen.*

Nur, Rutte ist ja nicht Trump. Die umfangreichen militärischen Bemühungen der europäischen NATO-Staaten zielen darauf, dass sie bis spätestens 2029, so planen sie zumindest, konventionell so aufgerüstet sind, dass die Russen von einem Angriff auf Europa auf jeden Fall abgeschreckt werden. *Dabei* kalkulieren sie den amerikanischen Schutzschirm ein. Abschrecken vor einem konventionellen Krieg soll aber schon ab 2029 das europäisch aufgerüstete höchst potente übermächtige Europa.

— In einem Interview mit dem Oberbefehlshaber der NATO Alexus Grynkewich letzte Woche in der FAZ erläutert dieser die neue NATO-Strategie so, dass Europa auf jeden Fall verteidigt gehöre und Russland dazu „eine taktische und operative Niederlage" zugefügt werde. Russland könne also, dabei verweist er auf die atomare Bewaffnung der NATO, keinesfalls siegen. Aber eine „strategischen Niederlage" Russlands sei nicht vorgesehen.

— Deshalb, und das ist doch auf S. 31 unten gemeint, ist es so ein riskanter Übergang der Europäer, einen Krieg gegen eine Atommacht bestreiten zu wollen bis dahin, dass Russland eine strategische Niederlage erfährt. Darin steckt doch, dass Europa dazu selber atommächtig werden muss bzw. müsste – und das ist wiederum von der NATO abhängig, also unsicher usw. Aber so hoch hängt der Anspruch der Europäer: Sie wollen selber atomare Weltmacht werden.

Die Europäer wollen Russland erst einmal durch ihre konventionellen Fähigkeiten von einem Krieg abhalten – zu mehr sehen sie sich nicht in der Lage – und dazu zwingen, sich der s.g. europäischen Friedensordnung unterzuordnen. Wenn der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO von einer strategischen Niederlage redet – in dem Sinn, dass die *nicht* im NATO-Programm ist –, denkt er an die Ausschaltung Russlands als Weltmacht, also an eine nukleare Entwaffnung Russlands. Das ist nicht der Zweck der USA, wohl aber der Zweck der Europäer. Also ist das die Klarstellung: Für einen richtigen Krieg der Europäer gegen Russland stehen die USA nicht zur Verfügung, eine strategische Niederlage der Russen wird von den USA nicht durchgefochten. Wohl aber stehen sie dafür zur Verfügung, die Europäer gegen Russland zu schützen, wenn sie „angegriffen" werden sollten. Was Definitionssache ist. Die Europäer trauen sich aber derzeit trotzdem den konventionellen Krieg gegen Russland zu, rüsten dazu auf Biegen und Brechen auf. Das ist das von ihnen eingegangene Risiko.

— Daher gibt es ja auch in Russland wichtige Stimmen, die davor warnen, sich auf so einen Krieg einzulassen. Denn das zehre Russland nur aus, weil Europa womöglich überlegen sei. Also brauche es neue Strategien bis hin zum Einsatz taktischer Atomwaffen gegen Europa, um das ein für alle Mal zu verhindern. Sie kennen also diesen Übergang der Europäer und suchen nach Antworten.

Das unterstreicht noch einmal die von den Europäern eingegangene Risikobereitschaft.

Beim **nächsten Jour fixe** am **2. November 2026** wird der Artikel **Das 5. Jahr Ukraine-Krieg** (GS 3-26) weiterdiskutiert ab S. 32, Punkt 2. „Deutsche Führung im europäischen Krieg".